

Zwölfstündige Generalversammlung der Deutschen Präzisionsuhrenfabrik Glashütte, Uhrgläserwerke Deutscher Uhrmacher

Anteilerhöhung auf 1000 Mark in zweimaliger Abstimmung abgelehnt.
— Wahl eines neuen Aufsichtsrates

Die am Montag, den 12. Januar 1925 im Großen Saale des Konzerthauses in Dresden abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der deutschen Uhrmacher-Genossenschaft war von etwa 450 Mitgliedern besucht. In der Sitzung war es für richtig gehalten worden, die Mitglieder je nach ihrer Einstellung zu der Genossenschaft in zwei Hauptgruppen zu vereinigen, die ohne scharfe Trennung in den beiden Längshälften des Saales Platz nahmen. Aus dieser Gruppierung erklärt sich der im nachfolgenden Bericht häufig erwähnte „Gruppenbeifall“, da eben die Redner je nach den Auffassungen dieser beiden Hauptgruppen mit Beifalls- oder Mißfallsäußerungen aufgenommen wurden.

Doch zunächst zum eigentlichen, sachlichen Bericht! Gegen ½ 3 Uhr eröffnet der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Kollege Bauer (Potsdam), die Versammlung und gibt nach Erklärung der satzungsmäßigen Einberufung der Versammlung bekannt, daß aus dem Vorstand die Herren Roth (Dresden) und Noack (Dresden) ausgeschieden seien. Ferner aus dem Aufsichtsrat Herr Gläser (Glashütte) und ein Vertreter der Arbeitnehmer.

Auf Antrag des Herrn Kollegen Trawny (Dortmund) wird nach kurzer Aussprache denjenigen anwesenden Kollegen, die am 31. Dezember 1924 aus der Genossenschaft ausgeschieden sind, gestattet, auf der Galerie der Tagung beizuwohnen, ohne selbstverständlich Stimmrecht zu haben. Grund zur Zulassung besteht in der Erwägung, daß auch diese Genossen evtl. noch durch ihre Haftsumme mit der Genossenschaft verbunden sind.

Darauf teilt Herr Generaldirektor Muschan mit, daß ein Antrag des Zentralverbandes vom 5. Januar 1925, der erst am 8. Januar eingegangen sei, deshalb nicht zur Verhandlung gelange, weil der Zentralverband nicht Mitglied sei.

— Dem Bericht des Herrn Direktor Muschan über die gegenwärtige Lage der Genossenschaft, insbesondere über die Entwicklung seit der Generalversammlung am 9. September 1924 sind folgende besondere Punkte zu entnehmen. Bis 31. Dezember 1924 sind als Einlagen 91597,01 M eingegangen, gegen einen fälligen Betrag von rund 611000 M, so daß sich noch ein Rückstand von 520000 M ergibt. Die gesamten Nachzahlungen würden 1435179 M ausgemacht haben.

Abmeldungen seien für Ende Dezember 1924 wie auch für Ende Dezember 1925 etwa je 500 eingegangen, so daß zurzeit rund 1050 Abmeldungen insgesamt vorliegen.

Wegen der G es am t schuld wird bekanntgegeben, daß die Bankschulden 2 700 000 M betragen, laufende Akzepte 70000 M, Lieferantenschulden 180000 M (diese heben sich gegen Warenforderungen auf), übertragene Forderungen 50000M, ferner eine Prozeßeinlage von 100000M, die jedoch von dem Gericht nach Beendigung eines Güteverfahrens zurück zu erhalten sei.

Die Gesamtumsätze der Genossenschaftsunternehmungen im Jahre 1924 betragen 991000 M. Im ganzen genommen sei der Verlust im vergangenen Jahr sehr groß, weil die Umsätze hinter den Erwartungen bedeutend zurückgeblieben wären. So hatten die Vereinigten Werke Deutscher Uhrmacher einen Umsatz von 225000 M gegen einen Voranschlag von 1200000 M. Der Umsatz der Deutschen Präzisions-Uhrenfabrik sei ebenfalls mit 1200000 M veranschlagt gewesen, habe aber in Wirklichkeit dann nur 435000M ergeben. Bei den Uhrgläserwerken in Teuchern habe man mit einem Umsatz von 240000M gerechnet, dem ein wirklicher Umsatz von 147000 M gegenüber stehe; in etwa demselben Verhältnis stehen die Zahlen bei den Feinmechanischen Werkstätten Glashütte, nämlich ebenfalls

240000 M Voranschlag gegenüber 142000 M Umsatz usw. Zu einem Mangel an Aufträgen sei auch ein Mangel in der Abnahme gekommen, dabei sei jedoch das erste Halbjahr besser als das zweite gewesen. Im Dezember wurden von der Deutschen Präzisionsuhrenfabrik 75 000 M umgesetzt, Anfang Januar habe sich ebenfalls eine steigende Tendenz gezeigt. Einschränkungen seien bei der Präzision durch Entlassung von 170 Köpfen der Belegschaft während des Jahres 1924 vorgenommen worden. Teuchern habe tageweise aus Mangel an Aufträgen oder auch an Rohglas still gelegen. Die Vereinigten Werke im Sachsenhof in Leipzig seien am 15. Dezember 1924 geschlossen worden, offen seien nur noch die Lagerräume in Leipzig, Querstraße 15, doch seien auch hier 75% der Angestellten entlassen, d.h. noch 11 Leute beschäftigt.

Die Feinmechanischen Werkstätten in Glashütte seien im Rohbau halbfertig, Aufträge lägen für 30000 M vor. Die Abteilung Gehäuse in Hohenstein ist auf 2—3 Monate leidlich beschäftigt. Die Glashüttenwerke in Teuchern lieferten einwandfreies Rohglas, dieses sei jedoch für Taschenuhrgläser noch nicht verwendbar. Wenn dies der Fall wäre, so könnte man um mindestens 66 2/3% billiger produzieren.

Wegen der Deckung der Verbindlichkeiten wurde erwähnt, daß, wenn Glashütte erhalten bleiben soll, die Anteilsummen auf 1000 M erhöht werden müßten, sonst wäre es unvermeidlich, Werke abzustoßen. Interessenten dafür seien vorhanden.

Für 1925 seien verschiedene Einschränkungen in finanzieller Hinsicht vorgesehen, jedoch wird sich auch als unbedingt notwendig erweisen, daß eine Markenreklame für die Präzisionsuhren einsetze.

Nach dem Bericht des Herrn Direktor Muschan sprach **Herr Direktor Korthaus vom Deutschen Genossenschaftsverband über die Lage der Genossenschaft.**

Die Bilanzen zeigten eine große Illiquidität; die Bankkredite seien erklärlich bei Berücksichtigung der gesamten Wirtschaftslage. An und für sich habe er über das Unternehmen einen guten Eindruck. Auch die Ansicht des Herrn Direktor B ü n t e, der die Präzision im Auftrage des Deutschen Genossenschaftsverbandes nach der kaufmännischen Richtung hin revidiert habe, gehe dahin, daß das Unternehmen, wenn ihm die notwendigen Mittel zufließen, unter allen Umständen als rentabel und lebensfähig zu bezeichnen sei.

Die Organisation mache in buchtechnischer Weise, in Kalkulation und Unkostenberechnung usw. einen günstigen Eindruck. Herr Direktor Korthaus bezeichnet es als aner kennenswert, daß das Unternehmen der Uhrmacher, das in der Zeit des größten Niederbruches entstanden sei, trotzdem so zustande kam. Andererseits sei aber die Verwaltung in ihren Dispositionen schwer getäuscht worden. Die letzte Generalversammlung habe die notwendigen Barmittel bewilligt, die Mitglieder hätten aber mit ihrer Einzahlung zurückgehalten. Wenn er auch die schwere wirtschaftliche Lage eines Teiles der Uhrmacher anerkenne, so hätte doch ein großer Teil der anderen einen wesentlichen Rest aus der Inflation retten können. Dabei stünden aber hunderte von Mitgliedern nur mit einem Betrage von 1 M in den Büchern der Präzision. Wenn der Verwaltung von den Mitgliedern Vorwürfe gemacht würden, so wiese er auf die Selbstverantwortlichkeit der Genossenschaftsmitglieder gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat hin. Der Wert des Unternehmens als Betriebsstätte sei durch die Bankverbindlichkeiten nur zu 50 % belastet.

Ein zweiter großer Irrtum der Verwaltung sei in bezug auf die Zeitverhältnisse eingetreten, die hochwertigen Produkte nicht so leicht auf den Markt bringen ließen. Viele hunderte Mitglieder hätten keine einzige Uhr der Präzision gekauft. Alle Maßnahmen zur Besserung des Zustandes seien von keinem Wert, wenn nicht alle Mitglieder für die Unterbringung der Fabrikate einträten. Auch an Nichtmitglieder müsse während der nächsten Zeit verkauft werden, selbstverständlich sei dabei aber den Mitgliedern ein Vorzugspreis einzuräumen. Er schlage ferner die Einsetzung eines kaufmännischen Direktors neben dem technischen unter der Oberleitung vor, und ferner die Ausschaltung derjenigen Betriebe, die keine Rente verbürgten. Der Streit innerhalb der Genossenschaft habe Formen angenommen, die einen Eintritt für die Sache zweifelhaft machten.

Die Kreditfähigkeit dürfe nicht durch Treibereien nach außen hin geschädigt werden. Herr Direktor Korthaus wies auch darauf hin, daß von der Versammlung kein neuer Vorstand gewählt werde, sondern daß man diese eventuelle Maßnahme dem neuzuwählenden Aufsichtsrat überlasse, damit eine gewisse Kontinuität gewahrt bleibe. Die Mitglieder des Aufsichtsrates dagegen müßten gezwungen werden, die Dispositionen des Vorstandes zu begrenzen und damit eine aktive Verantwortung übernehmen.

Zur Frage der Umwandlung in eine A.-G. betonte der Redner, daß die dann auftretenden Kapitalistengruppen rein kapitalistisch wirtschaften würden, ohne Berücksichtigung der Uhrmacher-Interessen. In diesem Falle sei eine Liquidation wegen Zahlungsunfähigkeit außer Frage. Auch sei die Zeit zur Umwandlung in eine A.-G. nicht vorhanden.

Vor allen Dingen aber sollten die Genossen bedenken, daß nur Handeln helfen könne und nicht Reden. Sie sollten sich darüber klar werden, ob sie die „Präzision“ halten wollten oder nicht. —

Die umfangreichen Ausführungen des Herrn Direktor Korthaus, einer hervorragenden Kapazität auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Allgemein war die Ansicht vorhanden, daß er mit möglicher Objektivität seinen Bericht erstattet habe, wenn auch eine Verkennung der Tatsachen und Verhältnisse in einzelnen Punkten zu bemerken sei.

In der folgenden Aussprache trat das erste heftige Aufeinanderprallen der Gemüter nach dem Antrag des Herrn Rodewald ein, die jeweilige Einlage bei Nennung des Namens der Diskussionsredner bekannt zu geben. Schließlich wurde aber doch die Nennung der Beitragsleistung vorgenommen.

Herr Bankier Dr. Maron legte darauf der Verwaltung einzelne klar definierte Fragen vor. Die Beantwortung der sämtlichen Anfragen der Diskussionsredner zu den beiden erstatteten Berichten wurde für das Schlußwort des Herrn Direktor Muschan zu diesem Punkte zurückgestellt.

Herr Kollege Prüfer aus Görlitz teilte mit, daß es ihm beim besten Willen nicht gelungen sei, eine Präzisionsuhr zu verkaufen, obwohl er sich dafür eingesetzt habe. Er wies vor allen Dingen darauf hin, daß diejenigen Mitglieder, die zunächst nur den Uhrgläserwerken in Teuchern angehört hätten, mit ihrer Angliederung an die deutsche Präzisionsuhrenfabrik unter hohen Anteilsummen nicht einverstanden seien.

Herr Trawny aus Dortmund, Mitglied der Prüfungskommission, wies darauf hin, daß ein großer Teil der Uhrmacher nicht zahlen könne, und die zwangsweise eingegliederten Genossen wollten nicht zahlen. Deshalb werde durch die Nennung der Gesamt-Mitgliederzahl ein falscher Anschein erweckt. 4—5000 Glashütter Präzisionsuhren seien unmöglich jährlich in Deutschland abzusetzen.

Herr Direktor König erklärte, daß der Zentralverband durch einen Bücherrevisor Ermittlungen über die Rentabilität des Unternehmens angestellt habe. In dem halben Jahre von Oktober 1922 bis März 1923 seien insgesamt 1221 Präzisionsuhren verkauft worden, davon 885 goldene und 336 silberne. Im Jahre 1924 habe der Umsatz etwa ebensoviel wie in dem oben erwähnten halben Jahre betragen, das in die absatzgünstigste Zeit gefallen sei. Eine Anzahl Uhren sind auf Lager gegeben worden.

Der Zentralverband habe nun folgende vier Voraussetzungen formuliert:

- Feststellung der Rentabilität, die heute nicht gegeben sei. Nach Aussage der Verwaltung sei ein Umsatz von 4 bis 5000 Stück nötig, der Absatz dieser Anzahl Uhren aber nicht möglich. Erschwerend käme hier auch die Freigabe der Schweizer Einfuhr in Betracht.

- Die Bankkredite seien zu vermindern und Unternehmungen abzustoßen, in der Weise, daß sie die Bank übernimmt. Die Restschuld sei als Generalhypothek auf die „Präzision“ einzutragen.
- Beschaffung von Betriebsmitteln: Wenn monatlich 100000 M eingingen, so sei eine Weiterführung bei scharfer Kontrolle unter anderer Leitung und anderem Aufsichtsrat möglich.
- Zu fordern sei die Umwandlung der Genossenschaft in eine A.-G. mit Namensaktien wegen des Wegfalles der Haftsumme und Vertretungsmöglichkeit der Mitglieder.

Auch bei Erfüllung dieser vier Voraussetzungen sei eine Rentabilität des Kapitals noch nicht sicher, aber bei guter Wirtschaft immerhin möglich.

Der nächste Diskussionsredner (Name am Prettisch nicht verständlich, Kallenbach oder ähnlich) berichtete über die Erfahrungen mit anderen Genossenschaften.

Ober die Lieferungen sei er enttäuscht. Er fordere die Fabrikation einer Gebrauchsuhr. Zum Schluß empfahl dieser Diskussionsredner Erfüllung der Beitragspflicht.

Herr Kollege Kahlau aus Cottbus betonte, daß die früheren Teucherner Mitglieder weder zahlen wollten noch könnten, da sie in ihrem Geschäfte keine derartigen Uhren verkaufen. Der Aufsichtsrat sei nicht energisch genug, die Verwaltung zu beeinflussen. Auch er fordere die Schaffung einer Gebrauchsuhr.

Herr Krause aus Altenburg stellte fest, daß beim Amtsgericht Lauenstein ein vom Zentralverband veranlaßtes Schreiben eingegangen sei mit 300 Unterschriften. Dieses Schreiben enthalte eine Anzahl doppelt und dreifacher Namen. (Aufklärung darüber wird von Herrn Direktor König später gegeben.)

Darauf ergriff nochmals Herr Direktor Korthaus vom Genossenschafts-Verband das Wort. Wer infolge der Wirtschaftsverhältnisse nicht zahlen könne, solle ausscheiden. Die Vereinigung der Uhrgläserwerke Teuchern mit der Präzisionsuhrenfabrik sei in einer Generalversammlung beschlossen worden. Die Trennung wäre jetzt nicht möglich, er schlug aber vor, daß die Generalversammlung beschließe, daß bei der Einziehung der Beiträge von den früheren Teucherner Genossen recht milde vorgegangen wird. Vor einiger Zeit habe der Zentralverband es für möglich gehalten, daß jährlich 10000 Präzisionsuhren abgesetzt würden. Die einzige Lösung aus der jetzigen mißlichen Lage sei die Annahme der Verwaltungsanträge. Die Zentralverbands-Vorschläge seien nicht imstande, jetzt Hilfe zu schaffen, wenn sie auch an und für sich recht beachtlich wären.

Zur Richtigstellung bemerkt Herr Q u e n t i n vom Zentralverband, daß eine positive Behauptung, daß 10000 Uhren absehbar seien, nicht gefallen wäre, dagegen habe er es theoretisch, nicht aber praktisch, für möglich erklärt.

Ein nächster Redner weist auf verschiedene Gerüchte hin und fordert Aufklärung. Die Präzisionsuhren seien gut, dagegen könne er nichts einwenden. Auch würde er eine Markenreklame unterstützen.

Ein weiterer Kollege teilt mit, daß ein früherer Angestellter der Vereinigten Werke in der Öffentlichkeit Angaben über Miethöhe usw. verbreite. Von der Verwaltung wird bekanntgegeben, daß dieser Angestellte wegen Untreue entlassen sei. Herr Syndikus Glatzel aus München wünscht eine Einschränkung der Ausführungen der Diskussionsredner, die zu keinem Ziele führten, er stellt einen Antrag auf Umwandlung zum Zwecke der Sanierung.

Herr Bistrick aus Königsberg wirft die Frage auf, wie es komme, daß im November in Kassel die Bankschuld nur 2,3 Millionen Mark betragen habe und jetzt nach 2 Monaten schon 2,7 Millionen Mark. Er fragt die Girozentrale, wie sie einem solchen Unternehmen so hohe Beträge kreditieren dürfe.

Herr Kollege Schick hätte einen gedruckten Bericht der Verwaltung für wünschenswert gehalten. Die Angriffe des Herrn Krause gegen Herrn Dir. König bedauert er außerordentlich, dem Aufsichtsrat macht er den Vorwurf der Leichtfertigkeit und Fahrlässigkeit. Er fordert Haftbarmachung von Vorstand und Verwaltung.

Herr König wehrt sich gegen die persönlichen Angriffe. Die Auffassungen der Kollegen gingen dahin, daß neue Männer in Aufsichtsrat und Vorstand kommen müßten. Die Anträge des Zentralverbandes seien aus bestem Wissen und dem Willen zur Hilfe gestellt.

Herr Quentin unterstützt den Vorschlag auf Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

Den Teucherner Mitgliedern solle die Möglichkeit zum Austritt gegeben werden. Der Zentralverband habe alle Kräfte eingesetzt, dem Uhrmacher zu erhalten, was möglich sei, mehr könne er nicht tun.

Herr Kollege Volkert aus Nürnberg legt die Richtlinien aus Süddeutschland vor, die folgendes fordern: 1. neuen Aufsichtsrat; 2. neuen Vorstand; 3. Verkauf von Zweigbetrieben ; 4. Verkleinerung oder Auflösung der Vereinigten Werke; 5. Nichtwiederwahl des leitenden Herrn; 6. Ausverkauf aller Großuhren; 7. äußerste Sparsamkeit und Abbau der Bankkredite; 8. Beschaffung einer verkäuflichen Taschenuhr.

Den Kollegen rate er, Ware abzunehmen. In seiner Innung sei es ihm verhältnismäßig leicht geworden, einen Auftrag zur Bestellung von 1 Dtz. Präzisionsuhren (goldene und silberne) zu erhalten.

Herr Kollege Siemann sprach Verwaltung und Aufsichtsrat sein Mißtrauen aus. Direktor Muschan habe die Genossenschaft über den Willen der Mitglieder hinaus erweitert. Besser sei ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Herrn Direktor Müller müsse vollste Anerkennung gezollt werden.

Herr Bankdirektor Dr. Eberle verteidigte seine Bank gegen den Vorwurf leichtsinniger Kredite. Er hält eine Rentabilität für möglich und macht den Genossen den Vorwurf „geschlafen“ zu haben. Die Opposition könne kritisieren, aber nicht handeln.

Schlußwort des Herrn Direktor Muschan

Die Beantwortung der Fragen Dr. Marons lehne er ab, da sie lediglich im Interesse des Bankhauses Maron gestellt seien. Nur über das Warenlager am 31. Dezember 1924 gibt er im einzelnen Aufklärung, es sei mit 289000 M zu bewerten. Die Steuerschulden seien nicht erheblich (15 000 M). Eine Sicherheitshypothek von 2 ½ Millionen Mark sei der Bank eingetragen. Für die Zukunft wären weitere Kredite nicht nötig, wenn 1000 M bewilligt würden, wohl aber, falls man die Form einer Aktiengesellschaft wählte.

Die Gründungskosten für eine solche würden allein 250000 M betragen. Den Gedanken der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft weise er immer wieder zurück. Auch ein neuer Aufsichtsrat könne ohne die Anteilsumme von 1000 M nichts schaffen. Auch die Fabrikation von der viel gewünschten Gebrauchsuhr erfordere erhebliche Geldmittel.

Gegen die Zusammenlegung von Teuchern und Glashütte hätten die Kollegen in der früheren Generalversammlung stimmen können. Durch Rundschreiben sei auf die Zusammenlegung aufmerksam gemacht worden. Jedes Mitglied hätte damals (im November 1923) innerhalb 3 Monaten austreten können, davon sei jedoch fast kein Gebrauch gemacht worden.

Die Schaffung der Vereinigten Werke sei zum Zwecke der Absatzsteigerung erfolgt. Von Ausnahmen abgesehen, konnte der Uhrmacher dort billiger einkaufen. Darauf stelle er nochmals die Verhältnisse von 1919 dar, einer Zeit, als ganze 35 Genossen eingetragen waren. Der Aufbau in Glashütte komme den Herrn Gesing, Müller und Muschan zu. Die Fabrikation einer I. W. C. sei in Glashütte zwar möglich, aber nicht ohne Betriebsmittel. Bei etwaigem Verkauf würde Teuchern von der Konkurrenz erworben, sicherlich zum Schaden der Uhrmacher. Die Feinmechanischen Werkstätten seien zur Fabrikation von Uhrmacher-Werkzeug und von Maschinen für die Fabriken erworben worden. Es bestünden bereits Verkaufsverhandlungen, der Vorstand sei aber nicht für den Verkauf. Den Vorwurf einer unfairen Geschäftsführung weise er strikte zurück. Die kritisierte Dividende, die seinerzeit ausgezahlt wurde, sei von der Generalversammlung selbst beschlossen worden. Gegen die Gerüchte wegen der Münchener Reise und der Villa in Dresden müsse er auftreten. Es habe sich um eine zweitägige Dienstreise gehandelt. Die Villa sei zwar zunächst zum Teil ein Geschenk, dann habe er aber den Kauf selbst übernommen und jetzt sei sie im Besitz der Genossenschaft. Wenn nicht ein Verkauf durch ein Rundschreiben des Herrn Hardy unmöglich gemacht worden wäre, hätte dieser schon erfolgen können. Die Großuhren der Vereinigten Werke seien bereits verkauft. Herr Siemann solle sich von der kritisierten „Mißwirtschaft“ in Glashütte überzeugen. Er erteile ihm auch die Ermächtigung, seine Eindrücke dann öffentlich bekannt zu geben. Immer aufs neue bitte er die Generalversammlung, die 1000 M zu bewilligen und die Gruppenwirtschaft zu unterstützen.

Literatur: Die Uhrmacher-Woche Nr.3. vom 17.Januar 1925 S. 33-35